

**Verbrechen.
Skandale.
Abzocke.
Affären.
Betrug.**

und weitere Machenschaften
von Schwarz-Blau.



Das System Schwarz-Blau: Als die Republik zum Selbstbedienungsladen wurde

Beinahe wöchentlich wird ein neuer Korruptionsskandal der schwarz-blauen Regierung öffentlich. Was bleibt, ist das Sittenbild einer Regierung, die die Republik als Selbstbedienungsladen verstand.

Die schwarz-blaue Koalition hat Personen in hohe Ämter gehoben, die sich an der Republik Österreich schamlos bereichert haben. Mit der Aufarbeitung der Skandale, die in der Zeit der Wende-Regierung stattgefunden haben, sind heute Heerscharen von Richtern, Staatsanwälten und Ermittlern beschäftigt. An der Äußerung „Es gilt die Unschuldsvermutung“ kommt niemand vorbei, der über die damalige Regierungsmannschaft spricht.

SPÖ fordert lückenlose Aufklärung aller Vorwürfe

Für die SPÖ steht fest, dass die unabhängige Justiz jetzt alle aufgetretenen Skandale lückenlos aufklären muss. Auch ein Untersuchungs-Ausschuss wird die politische Verantwortung klären müssen. Hierfür muss natürlich der richtige Zeitpunkt abgewartet werden, um die Justiz in ihrer Arbeit nicht zu behindern.

Die Skandale im Überblick:

- **Telekom-Verordnung**

Ex-Vizekanzler Hubert Gorbach wird von der Justiz beschuldigt, im Gegenzug für eine im Sinn der Telekom Austria erfolgte Verordnung 2007 rund 264.000 Euro erhalten zu haben.

- **Telekom-Privatisierung**

Im Zuge der Privatisierung der Telekom 2004 flossen 6 Mio. Euro an die Agentur von Grassers Freund Peter Hochegger. Etwaige Gegenleistungen sind Gegenstand von Ermittlungen.

- **BUWOG-Privatisierung 2004**

Verdacht auf Untreue, illegale Absprachen und Provisionszahlungen von 9,6 Mio. Euro u.a. an Grasser-Freund Peter Hochegger und Ex-FPÖ-Abgeordneten Walter Meischberger im Zuge der BUWOG-Privatisierung unter Finanzminister Grasser.

- **Eurofighter**

Im Rahmen des Kaufs der Eurofighter flossen 2003 7 Mio. Euro für „Kommunikation“ an die Agentur von Gernot Rumpold. Der Verdacht von Parteienfinanzierung zugunsten des BZÖ liegt nahe.

- **Haiders Staatsbürgerschaftsverleihung für russische Investoren**

Im letzten Ministerrat von ÖVP/BZÖ im Jänner 2007 wurden auf Initiative Jörg Haiders zwei russische Investoren eingebürgert. Sie hatten Haiders Sponsoring in der Formel 1 finanziert.

- **Uwe Scheuch**

Scheuch folgte seinem Vorbild und verlangte 2009 von russischen Investoren im Gegenzug für Staatsbürgerschaften eine Parteispende. In erster Instanz zu einer Haftstrafe verurteilt.

- **Millionen für ein mündliches Gutachten**

Beim Verkauf der Hypo Alpe Adria erhielt der Steuerberater Birnbacher 2007 für ein mündliches Gutachten von LH Jörg Haider und der Kärntner ÖVP-Chef Martinz 12 Mio. Euro Honorar. Nach Kritik verzichtete Birnbacher auf die Hälfte. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt.

- **Grassers Homepage**

Ein Verein Grassers erhält 2001 in dessen Zeit als Finanzminister 283.000 Euro steuerfrei von der Industriellenvereinigung. Die teuerste Homepage der Geschichte wird erstellt.

- **ARC Seibersdorf**

Ermittlungen wegen des Verdachts der Untreue und der fahrlässigen Krida gegen Martin Graf im Zusammenhang mit seiner Zeit als Geschäftsführer im ARC Seibersdorf von 2003 bis 2006.

- **Ermittlungen wegen Haider-Konten aus Irak/Libyen**

Jörg Haider fuhr mehrmals zu Gaddafi, 2004 samt Vizekanzler Gorbach und einem Brief Wolfgang Schüssels. Ermittlungen wegen Millionen-Konten Haiders in Liechtenstein.

- **Bodenseeschifffahrt**

Hubert Gorbach verkaufte 2005 als Minister die ÖBB-Bodenseeschifffahrt an das Unternehmen des Vorarlbergers Walter Klaus, für das Gorbach dann nach seiner Politikzeit 2007 tätig war.

- **Justiztower**

607.476 Euro bezahlte die Republik an BIG-Aufsichtsrat Ernst Plech für die Vermittlung des „Justiztowers“, einem von der Porr erbauten Hochhaus der Immofinanz. Das Handelsgericht übersiedelte 2003 aus einem renovierten Haus in der Riemergasse in das Hochhaus.

Blaue Kindesweglegung

Auch wenn FP-Strache nun versucht, sich aus jeglicher Verantwortung für die blau-schwarzen Skandale zu stehlen - heutige führende FPÖ-Politiker waren auch damals schon in entscheidenden Positionen.

Die FPÖ - allen voran ihr Chef Heinz Christian Strache - tut derzeit so, als sei sie bei den Skandalen der Zeit von Schwarz-Blau nicht dabeigewesen. Diese Kindesweglegung ist zum Scheitern verurteilt. Strache war schon ab 2004 Bundesparteiobermann-Stellvertreter der FPÖ und damit in die politischen Entscheidungsprozesse eingebunden. Weite Teile seiner heutigen Mannschaft waren auch schon zu Wende-Zeiten in Ämtern und Funktionen. Es wird also Zeit für die FPÖ, endlich Verantwortung zu übernehmen.

Die FPÖ-Spitze während Schwarz-Blau: Heutige FP-PolitikerInnen schon unter Schwarz-Blau im Nationalrat

- Martin Graf (bis 2002, dann bis 2006 Geschäftsführer in Seibersdorf)
- Gerhard Kurzmann (bis 2002)
- Barbara Rosenkranz (ab 2002)
- Uwe Scheuch (FPK, ab 2002).

Fünf FPÖ Landesparteiobleute waren dies auch schon unter Schwarz-Blau

- Gerhard Hauser (Tirol), seit 2004
- Barbara Rosenkranz (Niederösterreich), seit 2003
- Karl Schnell (Salzburg), seit 1997
- Heinz-Christian Strache (Wien), seit März 2004
- Johann Tschürtz (Burgenland), seit Herbst 2004.

FPK-Obmann Uwe Scheuch war unter Schwarz-Blau FPÖ-Generalsekretär

- 3.7.2004 - 3.4.2005 FPÖ-Generalsekretär (bis zur Parteispaltung).

Jetzt eine Trennlinie zwischen einer "alten" und einer "neuen" FPÖ ziehen zu wollen, ist **absolut unglaublich** und nicht mehr als ein **kläglicher Versuch**, von Skandalen abzulenken.

Die FPÖ vor Gericht

Bereits verurteilt:

- Wolfgang Fröhlich - ehemaliger FPÖ-Bezirksrat - rechtskräftig verurteilt wegen Holocaust-Leugnung
- Bernhard Gratzer - ehemaliger FPÖ-NÖ-Klub- & Landesobmann - rechtskräftig verurteilt wegen Untreue
- John Gudenus - ehemaliger FPÖ-Mandatar - rechtskräftig verurteilt wegen Wiederbetätigung
- Wolfgang Haberler - ehemaliger FPÖ-Landtagsabgeordneter - rechtskräftig verurteilt wegen Betrugs und falscher Beweisaussage
- Karlheinz Klement - ehemaliger FPÖ-Nationalrat - rechtskräftig verurteilt wegen Verhetzung
- Karl Mayrhofer - ehemaliger Vorarlberger FPÖ-Politiker - rechtskräftig verurteilt wegen Verhetzung
- Walter Meischberger - ehemaliger FPÖ-Generalsekretär - rechtskräftig verurteilt wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung
- Peter Rosenstingl - ehemaliger FPÖ-Nationalrat - rechtskräftig verurteilt wegen schweren gewerbsmäßigen Betrugs

- Uwe Scheuch, in erster Instanz zu 18 Monaten Haft verurteilt
- Ferdinand Spielberger - ehemaliger FPÖ-Stadtrat in Graz - rechtskräftig verurteilt wegen sexueller Nötigung
- Harald Vilimsky - FPÖ-Nationalrat - zu einer Geldstrafe von 3.000 Euro verurteilt, weil er das BZÖ einen „Gauerverein“ genannt hat
- Peter Westenthaler - derzeit BZÖ-Nationalrat - rechtskräftig verurteilt wegen Falschaussage vor Gericht (“Prügelaffäre”)
- Ernest Windholz - ehemaliger FPÖ/BZÖ-Nationalrat - rechtskräftig verurteilt wegen Körperverletzung
- Michael Winter - ehemaliger RFJ-Landesobmann - rechtskräftig verurteilt wegen Verhetzung
- Susanne Winter - derzeit FPÖ-Nationalrätin - rechtskräftig verurteilt wegen Verhetzung.

Ermittlungen:

- Martin Graf: Ermittlungen wegen des Verdachts der Untreue und der fahrlässigen Krida im Zusammenhang mit seiner früheren Funktion im Forschungszentrum ARC Seibersdorf

- Karl-Heinz Grasser (u.a. ehem. FPÖ-Landeshauptmannstellvertreter, Generalsekretär und Finanzminister): Ermittlungen im Zusammenhang mit dem BUWOG-Korruptionsskandal
- Gerhard Huber (derzeit BZÖ): Ermittlungen der Staatsanwaltschaft u.a. wegen schweren gewerbsmäßigen Betrugs
- Werner Königshofer, Ex-FPÖ-Nationalrat: Vorhabensberichte der Staatsanwaltschaft wegen Verhetzung und Verstoßes gegen das NS-Verbotsgesetz
- Gerhard Kurzmann (FPÖ Steiermark), Gerichtsverfahren wegen Verhetzung („Minarett-Spiel“)
- Walter Meischberger (ehem. FPÖ-Generalsekretär): Ermittlungen im Zusammenhang mit dem BUWOG-Korruptionsskandal
- Gerald Mikscha, ehem. Haider-Sekretär und FPÖ-Bundesgeschäftsführer: Ermittlungen wegen Haider-Konten aus Irak/Libyen.

